



## Staatsministerin Böhmer: "Diskriminierungen bekämpfen - Willkommenskultur ausbauen"

Staatsministerin Böhmer: "Diskriminierungen bekämpfen - Willkommenskultur ausbauen" <br /> <br /> "Wenn Migranten aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihrer Religion ausgegrenzt werden, darf dies nicht toleriert werden. Jeder Einzelne in unserem Land muss seine Chancen in vollem Umfang nutzen können. Aber auch für Migranten ist Deutschland heute ein Land der Möglichkeiten. Hierfür stehen beispielsweise die in den vergangenen Jahren erreichten Integrationserfolge. So herrscht in der Mitte der Gesellschaft laut Integrationsbarometer 2012 des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration ein positives Integrationsklima. Laut OECD ist für Migranten der Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland leichter als in anderen Ländern. Insbesondere haben die jüngsten Reformen des Zuwanderungsrechts dazu beigetragen, dass Deutschland zu den OECD-Ländern mit den geringsten Beschränkungen für beschäftigungsorientierte Zuwanderung gehört. Der Ausbau einer echten Willkommenskultur ist die beste Prävention gegen jegliche Formen von Diskriminierungen in unserer Gesellschaft", betonte Staatsministerin Böhmer anlässlich des heute vorgelegten Berichts der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. <br /> "Im Bildungsbereich sind maßgebliche Fortschritte Ansporn, die Chancen von jungen Migranten weiter zu verbessern. So hat sich zwischen 2005 und 2011 der Anteil ausländischer Schulabgänger mit Hochschulreife um 53 Prozent auf 16,8 Prozent erhöht. Die Länder sind aber in der Pflicht, Schulen mit hohem Migrantenanteil intensiver zu unterstützen. Zudem müssen die Lehrkräfte in der Aus- und Fortbildung verstärkt auf die wachsende Heterogenität in den Klassen vorbereitet werden. Als Prävention gegen Diskriminierungen bewährt hat sich das Programm "Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage", an dem bundesweit über 1000 Schulen mit mehr als 750.000 Schülerinnen und Schülern teilnehmen. Ich habe mich erfolgreich für eine weitere Unterstützung dieses wichtigen Projekts durch den Bund eingesetzt", so Böhmer. <br /> "Auf dem Arbeitsmarkt konnte bei vielen Arbeitgebern in den vergangenen Jahren ein Umdenken zur Haltung gegenüber Migranten erreicht werden. Zwar müssen Migranten im Schnitt noch häufiger Bewerbungen schreiben als Menschen ohne Migrationshintergrund. Immer häufiger setzen Arbeitgeber aber auf die gezielte Ausbildung und Beschäftigung von Menschen aus Zuwandererfamilien. Vielfalt ist zunehmend ein Wettbewerbsvorteil und Standortfaktor! Mehr als 1500 Unternehmen und Institutionen mit über 6,5 Millionen Beschäftigten haben bereits die "Charta der Vielfalt" unterzeichnet. Ein Meilenstein bei der Integration in den Arbeitsmarkt ist das am 1. April 2012 in Kraft getretene Gesetz zur verbesserten Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Zuwanderer können sich dadurch verstärkt mit ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten bei uns einbringen. Das Gesetz leistet einen wichtigen Beitrag zur Wertschätzung der Lebensleistung von Migranten", betonte Böhmer. <br /> "Jeder Einzelne ist gefordert, sich gegen Diskriminierungen und Ausgrenzungen jeglicher Art einzusetzen. Im Umgang mit Migranten gilt es, den gesellschaftlichen Klimawandel mit ganzer Kraft voranzutreiben. Mit ihrer Integrationspolitik und wichtigen Bausteinen wie dem Nationalen Aktionsplan Integration und dem Anerkennungsgesetz trägt die Bundesregierung maßgeblich zum Ausbau einer echten Willkommenskultur in unserem Land bei", erklärte Böhmer. <br /> <br /> Presse- und Informationsamt der Bundesregierung <br /> />Dorotheenstr. 84 <br /> />10117 Berlin <br /> />Deutschland <br /> />Telefon: 030 18 272-0 <br /> />Telefax: 030 18 10 272-0 <br /> />Mail: internetpost@bundesregierung.de <br /> />URL: <http://www.bundesregierung.de/> <br /> <br /> 

### Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/  
internetpost@bundesregierung.de

### Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/  
internetpost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".